

Versteckte Kosten – Jetzt werden sie sichtbar!

Von Andreas Glogger

Vom Grundsatz her sind Kosten etwas ganz Normales. Jeder, der eine Dienstleistung für einen anderen erbringt, muss dafür entlohnt werden. Für gute und exzellente Waren oder Dienstleistungen der Handelsklasse I sind wir auch bereit, einen höheren Preis zu bezahlen, als für Waren bzw. Dienstleistungen der Handelsklasse II. Haben wir vergleichbare Waren oder Dienstleistungen gefunden, vergleichen wir die jeweiligen Angebote und werden uns für das Günstigere entscheiden. Niemand von uns wird z. B. beim Kauf eines Neuwagens nur ein Angebot, sondern mindestens ein Vergleichsangebot einholen. Im Bereich der Finanzdienstleistungen ist Vorsicht geboten. Hier suggeriert uns die Marketingmaschinerie der Banken und Sparkassen ständig, dass bei ihnen alles »sicher« und die Beratung »kostenlos« sei. Fachlich betrachtet wissen wir, dass es bei keiner Finanzanlage eine absolute und 100 %ige Sicherheit gibt, und Beratung kann nicht kostenlos sein, wenn mein Gegenüber in einem Beschäftigungsverhältnis steht. Als ehemaliger leitender Bankmitarbeiter kenne ich die Zielsetzung der Banken sehr genau. Ihnen geht es in erster Linie um die Ertragsmaximierung für die Bank, und zwar so, dass die Kunden am wenigsten davon merken.

Damit ist jetzt Schluss! – »Ex post«

»Ex-post-Aufstellung« ist der Schlüssel dazu, der jedem Vermögensinhaber ab sofort Klarheit und Transparenz für seine direkt und indirekt bezahlten Kosten seiner Vermögensanlage liefert. Die wertvolle Aufstellung aller Kosten erhalten Sie dieses Jahr erstmals mit allen aggregierten Kosten für das Jahr 2018 von Ihrer Depotstelle und/oder Ihrem persönlichen Vermögensverwalter.

Ergebnisse teils ein Desaster für Anleger

Unsere ersten hierzu durchgeführten Kostenanalysen von Externen lieferten teilweise ein schreckliches Bild! Kosten bis zu 5 % p.a. für das Gesamtdepot oder einzelne Wertpapiere mit Kosten in Höhe von bis zu 9 % waren der Gipfel. Als weiteres Beispiel hatte ein Interessent bei seiner Bank eine Einstiegsprovision in Höhe von einmalig 7 % bezahlt. Bei seinem Anlagevolumen in Höhe von 600.000 Euro als gewaltige 42.000 Euro, und das ohne vorher vom Berater darauf hingewiesen worden zu sein. Unglaublich, aber wahr! >>

»Die Elite der Vermögensverwalter
im deutschsprachigen Raum 2019«

Nur wenige genügen den hohen Ansprüchen. Solide Qualität muss man erst finden und bewerten. Deshalb analysiert der Elite Report die fachliche und charakterliche Eignung der Vermögensverwalter im deutschsprachigen Raum. Lesen Sie, wer empfehlenswert und geeignet ist, Sie und Ihr Vermögen seriös und zuverlässig zu betreuen. Seit 16 Jahren suchen wir die besten Vermögensverwalter im deutschsprachigen Raum – in Österreich, Luxemburg, der Schweiz, Liechtenstein und in Deutschland.

*Bestellung unter:
bestellung@elitereport.de*

Max. 2,5% Kostenquote sind akzeptabel!

Ganz ohne Kosten geht es eben nicht, das ist klar. Aber 5 % sind definitiv zu viel! Wenn Sie 1 Mio. Euro in einem Verwaltungsmandat angelegt haben und Kosten in Höhe von 2,5 % statt 5 % haben, ergibt sich eine Einsparung von 2,5 %. In zehn Jahren somit 25 %. Bei 1 Mio. Euro als eine Einsparung in Höhe von 250.000 Euro. 2,5 % sehen wir als absolute Obergrenze. Gut mit Einzelanlagen bestückte und strukturierte Verwaltungsmandate mit 1 Mio. Euro schaffen es auch mit einer Kostenquote von lediglich 1 – 1,5 % p.a. Größere Mandate mit z.B. 5 Mio. Euro schaffen es unter 1 % Gesamtkosten p.a.

Auf welche Kostenfallen sollten Sie achten:

a.) Jährliche Depotkosten

Für die Verwahrung Ihrer Wertpapiere benötigen Sie ein Wertpapierdepot. Kosten zwischen 0,01 und 0,1 % im Jahr für ein Wertpapierdepot mit 1 Mio. Euro (30 Einzelpositionen) sind akzeptabel. Einige Banken und Sparkassen verlangen hier Werte bis zu 0,25 % pro Jahr, was bis zu 25-mal teurer ist, als unsere günstigste Depotbank.

b.) Kosten für Wertpapierkäufe und -verkäufe

Bei einer Ordergröße von ca. 30.000 Euro sollten die Kosten der Abwicklungsbank maximal 0,1 % vom Kurswert betragen. Verschiedene Banken und Sparkassen verrechnen Kosten bis zu 1,5 % pro Auftrag für die gleichartige Dienstleistung.

c.) Fonds, Agio, Ausgabeaufschläge

Die Berechnung von einem Aufschlag (Agio) oder von Ausgabeaufschlägen bei Investmentfonds gehen gar nicht. Einzelne Banken verrechnen hier bis zu 5 % einmalig. Wenn schon Fonds zur besseren Diversifizierung oder für Spezialthemen eingesetzt werden, sollte immer die »Institutionelle Tranche« oder ein kostengünstiger ETF verwendet werden.

d.) Beratungshonorar

Wie bei Steuerberatern, Notaren oder Rechtsanwälten sind für eine qualitativ hochwertige Beratung durch einen Experten bis zu 250 Euro pro Beratungsstunde akzeptabel. Je nach Qualifikation und Komplexität der Angelegenheit

sind hierbei Abweichungen nach oben und unten angebracht.

e.) Vermögensverwaltungshonorar

Streben Sie eine längerfristige Geldanlage an und legen Sie Wert darauf, dass diese während der geplanten Anlagedauer regelmäßig auf deren Qualität und die sich laufend veränderten Rahmenbedingungen überprüft und gegebenenfalls verändert werden soll, dann erteilen Sie ein Vermögensverwaltungsmandat. Die Kosten sollten hier je nach Anlagevolumen und Risikograd bis max. 1,2 % pro Jahr betragen. Beachten Sie hierbei die volumenabhängige Staffelung des Honorarsatzes.

f.) Hin und Her – macht Taschen leer!

Viele Banken und Sparkassen führen regelmäßig Umtauschaktionen mit verschiedenen Wertpapieren durch. Ziel ist es hierbei meistens, Erträge für die Bank zu erwirtschaften. Prüfen Sie deshalb genau, welche Interessen Ihr Finanzpartner hat und wie hoch die Umschlagshäufigkeit ist. Die Bank, die ihre Erträge mit Provisionen erwirtschaftet, wird versuchen, möglichst viele Umsätze zu generieren. Der Vermögensverwalter, der seine Erträge über das vereinbarte Honorar erwirtschaftet, ist bestrebt, für seine Mandanten Kosten einzusparen und eine bestmögliche Anlagenstruktur und Betreuung zu gewährleisten, damit die Kunden zufrieden sind und möglichst lange eine Geschäftsbeziehung unterhalten. Er hat keine Provisionsinteressen und vertritt aufgrund seiner Honorarstruktur damit die gleichen Interessen der Geldanlage, wie der Anleger selbst. Wie die Praxis zeigt, erwirtschaften professionelle bankenunabhängige Vermögensverwalter ihr Verwaltungshonorar fast vollständig durch die erzielten Kostenreduzierungen bei Banken. Vermögensverwaltungen innerhalb von Banken erzielen diesen Kostenvorteil in der Regel nicht.

Ex-post – Kostengutachten

Besorgen Sie sich die Ex-post-Aufstellung vom Jahr 2018 für Ihre Depots und erstellen Sie Ihr persönliches Kostengutachten entweder selbst oder durch einen unabhängigen Spezialisten. Gerne sind wir Ihnen als familiengeführter unabhängiger Vermögensverwalter hierbei behilflich. □

*Andreas Glogger,
Geschäftsführer und Inhaber,
GLOGGER & PARTNER
Vermögensverwaltung*
www.vermögensverwaltung-europa.com



Aktien vor langfristiger Neubewertung

Von Marco Herrmann

Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen ist vor wenigen Tagen auf ein Rekordtief gefallen. Doch nicht nur die extrem niedrigen Zinsen sprechen für eine Neubewertung von Aktien.

0,65 Prozent – so viel »kosteten« neulich Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit. Anleger, die zu diesem Zeitpunkt 1000 Euro in Bonds investiert haben, bekommen also in zehn Jahren rund 935 Euro zurück. Dabei ist die Inflation noch nicht einmal berücksichtigt. Diese lag in Deutschland im Juli bei immerhin 1,7 Prozent. Real lag der Minusrekord bei deutschen Bundesanleihen also sogar bei über zwei Prozent. Die Kaufkraft der investierten 1000 Euro sinkt somit bis 2029 auf nur noch rund 800 Euro – das ist ein denkbar schlechtes Geschäft.



Marco Herrmann,
Geschäftsführer,
FIDUKA-Depotverwaltung GmbH
www.fiduka.com

Dass die Renditen an den Anleihemärkten so niedrig wie noch nie sind, hat vielfältige Gründe. Am stärksten hat die unkonventionelle Geldpolitik der vergangenen zehn Jahre den Marktzins beeinflusst. Doch auch die demographische Entwicklung senkt die Zinsen. Die Menschen werden immer älter und sparen mehr. Ebenso wurden aufgrund der langen Friedenszeit keine Vermögen durch Kriege vernichtet. Es stehen damit also ein immer mehr Mittel zur Geldanlage zur Verfügung – die Nachfrage nach den vermeintlich sicheren Staatsanleihen steigt, ihre Renditen fallen. Schließlich haben auch immer neue Regularien vor allem institutionelle Anleger förmlich in die Schuldverschreibungen der Staaten getrieben.

Kein Ende der Niedrigzinsen

Jetzt steht die Geldpolitik vor einer neuen Lockerungsunde. Zinserhöhungen im Euroraum sind auf lange Sicht unrealistisch. Vielmehr wird voraussichtlich der Einlagensatz

von 0,4 auf 0,5 gesenkt. Verschiedene Marktteilnehmer erwarten sogar, dass es für die Geschäftsbanken noch teurer wird, wenn sie Kapital bei der EZB parken.

Allmählich gehen den Anlegern die Optionen für renditestarke Investments im Rentenmarkt aus. Mittlerweile gibt es weltweit Anleihen im Volumen von 15.000 Milliarden US-Dollar, die negativ verzinst sind. Selbst 30-jährige deutsche Bundesanleihen rentieren mittlerweile negativ. Und Unternehmensanleihen mit einem BBB-Rating werfen im Durchschnitt nur noch 0,5 Prozent ab. Selbst Nachranganleihen liefern nur noch mickrige Renditen.

Vor diesem Hintergrund flüchtet sich ein Teil der Anleger auf der Suche nach Rendite in illiquide Anlagen. Dieser Schuss kann jedoch nach hinten losgehen, wie ein paar Fondsgesellschaften zeigen, die zuletzt in Probleme geraten sind: zum Beispiel GAM oder H2O. Eine wirkliche Alternative zu »herkömmlichen Anleihen« sind solche Investments für die meisten Investoren wohl kaum.

KGV-Ausweitung bei Aktien möglich

Für Anleger, die sich nicht von Volatilitäten verrückt machen lassen, bieten sich jedoch Aktien als Alternative an. Manche Investoren bezeichnen deren Dividendenrenditen von zwei bis drei Prozent und teilweise noch mehr schon als den neuen Zins. Vor allem aber stehen die Chancen nicht schlecht, dass Aktien vor einer Neubewertung stehen, wie wir sie in den 80er und 90er Jahren erlebt haben: eine KGV-Expansion von knapp unter zehn bis auf mehr als 20. Aktuell liegt das KGV beim DAX bei 12,5 und beim S&P 500 bei 16,5. Da wäre also noch Luft nach oben, insbesondere weil die Zinsen heute wesentlich niedriger als vor 30 Jahren sind.

Übernahmen und Beteiligungen dürften ein weiterer Treiber sein: Die niedrigen Zinsen machen es für Unternehmen attraktiv, Wettbewerber mit günstigen Krediten beziehungsweise per Anleihen finanziert zu übernehmen. Hinzu kommen enorme Mengen an Liquidität, die bei Private Equity Fonds noch für Investments zur Verfügung steht. Laut Financial Times warten fast 2500 Milliarden Dollar auf ein Investment. Zum Vergleich: Damit ließen sich fast zweimal alle 30 DAX-Unternehmen aufkaufen. Historisch betrachtet investierten die Private Equity Fonds stets deutlich mehr als zwei Drittel ihrer Mittel in Aktien.

>>

Neubewertung im Schlingerkurs

Noch sind Aktien moderat bewertet. Das wird sich auch nicht auf einen Schlag ändern. Denn die unsicheren Konjunkturaussichten vor allem aufgrund der Handelskonflikte – der Streit zwischen den USA und China ist längst noch nicht vom Tisch, sondern hat sich gerade noch einmal verschärft – aber auch wegen der geopolitischen Risiken rechtfertigen zurzeit noch einen Risikoabschlag bei der Bewertung. Der Weg zur Neubewertung wird somit sicherlich kein geradliniger Weg sein, sondern dürfte aufgrund des mäßigen und wahrscheinlich holprigen Wirtschaftswachstums

auch immer wieder von Rückschlägen gezeichnet sein. Angesichts dieser Rahmenbedingungen gilt es, das Aktienportfolio breit zu diversifizieren. Dabei sollten Anleger nicht nur auf defensive Werte setzen, diese haben Zykliker bereits massiv outperformed. Vielmehr sollten auch zinssensitive Aktien wie die von Immobilien- und Infrastruktur-Unternehmen Berücksichtigung finden. Schließlich sind auch Werte aus Schwellenländern, die zuvor unter den steigenden US-Zinsen stark gelitten haben, jetzt wieder aussichtsreich. Ein breiter Mix aus entsprechenden Aktien sollte sich mittelfristig rechnen. □

Alle Jahre wieder die gleiche Diskussion: Geht Amerika pleite?

Von Robert Halver

Die Liebe des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten zu Schulden ist mindestens so groß wie die von Romeo zu Julia. Egal, ob Auto-, Studenten- oder Baukredite, die US-Bürger sind bis Oberkante Unterlippe verschuldet. Auch Vater Staat feiert jedes Jahr neue Schuldenorgien? Mutiert also der amerikanische Weißkopfseeadler bald zum Pleitegeier?

Wann immer es um die Rettung des Vaterlands geht, zeigen Demokraten und Republikaner gleichermaßen ein Herz für Schulden. Franklin D. Roosevelt beseitigte mit dem New Deal die große Wirtschaftsdepression der 30er Jahre. John F. Kennedy ist auf Pump vor den Sowjets auf dem Mond gelandet. Ronald Reagan rüstete das »Reich des Bösen« kreditfinanziert tot und kreierte den legendären Wirtschaftsaufschwung der 80er. George Bush Senior sicherte im Golfkrieg die Ölversorgung aus dem Mittleren Osten und sein Junior ließ mit Hilfe von Schulden die nur in seiner Einbildung vorhandenen Massenvernichtungswaffen im Irak beseitigen. Mit »Yes We Can Debt« rettete Barack Obama das US-Finanzsystem vor dem Armageddon. Und aktuell geht es Donald Trump um Standortverbesserung: »America First« und »China and Europe Second«.

Bevor man die Schulden in nackten Zahlen betrachtet, sollte ein Sauerstoffzelt bereitstehen. Die Staatsverschuldung beträgt aktuell mehr als 22 Bio. US-Dollar. Seit Ende des II. Weltkriegs hat sie sich verhundertfacht. Während schon Reagan die Schuldenlast um 120 Prozent gesteigert hat, präsentierte sich Obama als Schuldenkönig mit plus 10 Bio.

Auch Trump hat seit Antritt im Weißen Haus schon über zwei Bio. neue Kredite angehäuft. Und dabei ist der Großkredit für den Kauf von Grönland noch nicht einmal eingerechnet.

*Robert Halver,
Leiter der Kapitalmarktanalyse
der Baader Bank AG*

www.baaderbank.de



Ziehen Amerikas Kreditgeber die Reißleine?

Von seiner Schuldensucht kommt Amerika so wenig los wie der Fuchs von seinem Verlangen nach Gans. Ansonsten bricht die kreditabhängige US-Wirtschaft zusammen wie ein Kartenzaus bei Wind. Bei Kreditgebern schrillen spätestens dann die Alarmglocken, wenn die Staatsverschuldung die Wirtschaftskraft eines Landes überschreitet. Amerika liegt mittlerweile bei 106 Prozent. Dem Frohsinn der Gläubiger ist es auch nicht zuträglich, dass Amerika seine Kreditverpflichtungen liebend gern weginflationiert. Die schöne offizielle US-Inflation ist nicht wahr, die inoffiziell wahre nicht schön.

Bei solch zerrütteten Finanzverhältnissen verlassen Gläubiger normalerweise ähnlich schnell das Schuldenhaus wie Mäuse, wenn die Katze kommt. Das zeigt sich in Argentinien, wo nach einer erneuten Kapitalflucht die nächste Staatspleite droht.

Ohnehin, für den chinesischen Drachen ist es im Kampf mit Uncle Sam um die Weltherrschaft reizvoll, seine fast

zwei Bio. US-Staatspapiere auf den Rentenmarkt zu werfen wie Ramschware auf den Wühlisch. Wie schmerhaft wäre es für Washington, wenn in der Folge stark steigende Kreditzinsen die überbordende amerikanische Schuldenlast untragbar machen?

Sind das nicht alles überzeugende Gründe für eine amerikanische Finanzkrise? Warum sollte eine Kapitalflucht aus den USA ausgeschlossen sein? Geht also die Supermacht USA unter wie das Römische Reich nach den Angriffen der Germanen? Kommt der Adler als Truthahn auf den Opfertisch der Chinesen? Tatsächlich, alle Jahre wieder und besonders 2019 wird die Pleite der USA in den dunkelsten Farben an die Wand gemalt.

Amerikas Schuldenfluch ist gleichzeitig auch sein -segen

Da die USA deutlich mehr importieren als sie exportieren, haben sie gegenüber den Außenhandelspartnern ein Handelsbilanzdefizit. China und Europa – das auch kein inniges Verhältnis mehr zu Amerika hat – mögen darüber klagen, dass sie als Ausgleich für mehr gelieferte harte Ware nur mit Papier, mit US-Staatsanleihen, abgefunden werden. Doch wenn die Exportländer nicht bereit sind, diese weiterhin zu akzeptieren, schneiden sie sich ins eigene Export-Fleisch. Exportnationen kommen weiterhin an buntem Papier so wenig vorbei wie der Club-Besucher am Türsteher.

Übrigens, selbst China ist zur großen Freude Trumps nicht in der Lage, eine amerikanische Finanzkrise auszulösen. Denn dann würde die Fed wie Michael Jordan in seinen besten Tagen als Basketballspieler für jeden Dollar verkauftete US-Staatsanleihen zwei auffangen. Der chinesische Finanzkrieg gegen die USA wäre nur ein Sturm im Wasserglas. Die US-Notenbank würde zwar zum noch größeren Hauptaktionär Amerikas. Na und? Hauptsache die amerikanischen Kreditzinsen bleiben billig.

Überhaupt, der US-Dollar ist die Weltleitwährung. Kauft irgendwer irgendwo in der Welt auch nur einen Sack Weizen oder ein Barrel Öl, erhält Amerika – ob gewollt oder ungewollt – einen Kredit.

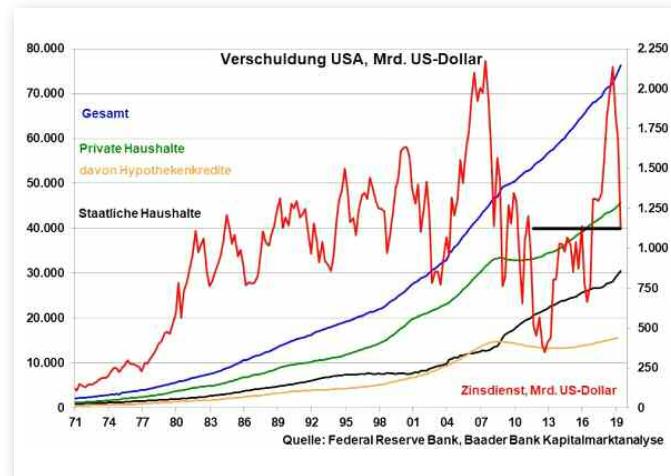
Sicher, so manches Land, das mit Amerika hadert, hat ein hohes Interesse an einer anderen Leitwährung, um der erzwungenen Dollar-Abhängigkeit zu entfliehen und um Trump eins auszuwischen. Entsprechende Bemühungen sind durchaus zu beobachten. Und je schwächer der Dollar

ist, umso weniger attraktiv sind amerikanische Schuldtitel. Doch bräuchte eine Währungsalternative einen starken dahinterstehenden Staat. Ernsthaft kommt dafür nur China in Frage.

China kann auch nicht alles

Doch um den Yuan in den Währungs-Olymp zu hieven, um Dollar und Amerika finanz- und geopolitisch möglichst viel Wasser abzugraben, müsste Peking seine planwirtschaftliche Wechselkursbestimmung aufgeben. Zurzeit darf der Yuan einen von der chinesischen Notenbank täglich vorgegebenen Kurs nur in einer bestimmten Spanne über- oder unterschreiten. Der Yuan ist also nicht wie der Dollar frei wie ein Vogel, sondern eher bewegungsarm wie ein Wellensittich im Käfig. Würde allerdings Peking die Tür vom Käfig öffnen, würde der Yuan marktwirtschaftlich völlig gerechtfertigt dramatisch gegenüber anderen Handelswährungen aufwerten. Das will Exportweltmeister China bestimmt nicht.

Vor diesem Hintergrund sind weder US-Dollar noch Schuld-Amerika verloren. Im Gegenteil, die Fakten sprechen für sich: Obwohl die Gesamtverschuldung seit der Immobilienkrise 2008 um 50 Prozent gestiegen ist und immer mehr in eine Vertikalbewegung nach oben übergeht, ist der Schuldendienst aufgrund der seitdem gefallenen Kreditzinsen in etwa gleichgeblieben.



Grafik: Verschuldung und Zinsdienst USA

Finanzkrise sieht anders aus. Alle Jahre wieder und auch 2019 geht Amerika nicht pleite. □

Hier geht es zu Halvers Kolumne: www.roberthalver.de

Das unterschätzte Risiko von Bankguthaben

Von Dr. Gerd Kommer und Jonas Schweizer

Bankeinlagen repräsentieren den größten Teil des liquiden Vermögens deutscher Haushalte. Dass Bankeinlagen inflationsbereinigt eine negative Rendite produzieren, ist inzwischen Allgemeingut. Unter Privatanlegern hingegen weniger bekannt ist ihr Risiko. Ursachen und Ausprägungen dieses Risikos werden im vorliegenden Blog-Beitrag analysiert und beschrieben.

In zwei Disziplinen hat Deutschland ein Abonnement auf den Weltmeistertitel: Im Dressurreiten und beim Anteil von Bankguthaben am liquiden Vermögen von Privathaushalten. Im Dressurreiten hat die deutsche Nationalmannschaft seit 1966 elf von bisher 13 möglichen Weltmeistertiteln gewonnen. Beim Anteil von Bankguthaben am liquiden Vermögen dürften wir im globalen Vergleich ebenso stark dominieren. Regelmäßig bringen Medien die Schlagzeile »Deutsche sind Sparweltmeister«, also Champion im Anhäufen von Bankeinlagen. Leider ist das – anders als die Reitsporttitel – kein Grund zur Freude. Warum nicht, werden wir in diesem Blog-Beitrag beleuchten.

Die Tabelle rechts zeigt die Größenordnung und Struktur des liquiden Vermögens der Deutschen. Bankeinlagen, also zum Beispiel Girokonto- und Sparguthaben oder Tages- und Festgelder, machen dabei mit 40 % den größten Teil aus. Kapitalbildende Lebensversicherungen, eine aus Rendite- und Risikosicht ebenfalls sehr kontraproduktive Vermögensanlage, folgen mit 31 % an zweiter Stelle.

Für rationale Haushalte sind Bankguthaben keine sinnvollen Anlagen. Von dieser Feststellung gibt es nur die folgenden beiden Ausnahmen:

► Ausnahme 1: Bankguthaben sind dann als (nach Steuern, Kosten und Inflation fast immer renditelose) Geldanlage tolerierbar, wenn das betreffende Bankguthaben maximal 100.000 Euro pro Privatperson und Bank beträgt und daher (in der EU) vollumfänglich von der staatlichen Einlagsicherung erfasst und geschützt wird (siehe Stichwort »Einlagsicherung« in der deutschen Wikipedia). Der garantierende Staat muss ein Bonitätsrating von A+/A1 (fünftbeste Note) oder besser aufweisen

und das Guthaben muss auf die »Heimatwährung« des Anlegers lauten, sodass kein Wechselkursrisiko besteht.

► Ausnahme 2: Bankeinlagen oberhalb der staatlichen Einlagsicherung sind dann tolerierbar, wenn das betreffende Guthaben nur wenige Wochen auf dem Bankkonto zwischengeparkt wird, bevor es in ein renditereichigeres und/oder risikoärmeres Langfristinvestment fließt. Hier sollte die Bank selbst ein Bonitätsrating von nicht schlechter als A+/A1 besitzen.

Warum sind Bankguthaben – soweit sie nicht in die beiden genannten Ausnahmen fallen – nahezu immer abzulehnen? Die wesentlichen Gründe dafür kann man wie folgt zusammenfassen:

► Ökonomisch betrachtet ist ein Bankguthaben ein unbesicherter Kredit vom Einleger (z. B. einem Privathaushalt) an ein Finanzinstitut. Die Betonung liegt auf unbesichert. Zudem reicht der Einleger diesen unbesicherten Kredit (das Bankguthaben) an ein hoch verschuldetes Unternehmen aus: die Bank. Der typische Fremdkapitalanteil am Gesamtkapital einer Bank beträgt 92 %. Das ist mehr als in allen anderen Branchen. Kein Industrie-, Handels- oder Dienstleistungsunternehmen kann dauerhaft mit einer so hohen Verschuldungsquote (neudeutsch Leverage) überleben. Soweit das Bankguthaben 100.000 Euro nicht überschreitet, ist das damit

Das liquide Vermögen der Deutschen per Ende 2018 und seine Struktur

	Mrd. Euro	Anteil (in %)
Bankeinlagen	2.495	40
Kapitalbildende Versicherungen	1.907	31
Sonstige Anlagen [*]	612	10
Investmentfonds	617	10
Aktien (Einzelwertpapiere)	395	6
Anleihen (Einzelwertpapiere)	151	2
GESAMT	6.177	100

► Quelle: DZ Bank. ► [*] Hierzu gehören Ansprüche an betriebliche Altersvorsorgeeinrichtungen sowie Zertifikate und andere Wertpapiere, die keine Aktien oder Anleihen sind. ► Nicht in dieser Tabelle enthalten sind illiquide Vermögensanlagen wie Direktinvestments in Immobilien, nichtbörsennotierte Unternehmensbeteiligungen und Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung oder äquivalente Versorgungswerke.

► Rechnet man »Investmentfonds« häufig den Asset-Klassen Aktien und Anleihen zu, investieren die Deutschen sechsmal so viel in renditearme und risikoreiche Anlagen (Bankeinlagen und Lebensversicherungen) wie in die ertragreichste aller Asset-Klassen: Aktien.

verknüpfte Risiko durch die staatliche Einlagensicherung vermutlich akzeptabel abgesichert, darüber hinaus jedoch nicht. Die privaten Sicherungssysteme der drei Bankengruppen in Deutschland (Genossenschaftsbanken, öffentliche Banken und private Banken), die deutlich höhere Sicherungsgrenzen haben, bieten im Fall einer systemischen Bankenkrise, wie sie 2008/2009 in Deutschland und zeitgleich in vielen anderen Staaten ausbrach und wie es sie in den letzten 200 Jahren in vielen Ländern oder Regionen mehrfach gegeben hat, keinen hinreichenden Schutz. Dafür sind sie zu klein und schwach. Sie helfen lediglich dann zuverlässig, wenn eine oder wenige einzelne Banken außerhalb einer systemischen Krise umkippen.

► Darüber hinaus stellt der Kredit (die Einlage) aus der Sicht des Einlegers in vielen Fällen ein Klumpenrisiko dar. Der Einleger lehnt sein Geld typischerweise einem einzelnen Institut und nicht einer diversifizierten Gruppe von Banken; es sei denn, er teilt seine Anlagen auf mehrere verschiedene Häuser auf – für sehr vermögende Privathaushalte ist das de facto nur schwer oder gar nicht möglich und jedenfalls sehr arbeitsaufwändig.

► Bankpleiten und systemische Banken Krisen waren wirtschaftsgeschichtlich in den letzten Jahrhunderten – wie auch in den letzten 50 Jahren – »normal«, wobei gleich sie überwiegend nur in großen zeitlichen Abständen auftreten (siehe z. B. Calomiris 2007 und Reinhart/Rogoff 2009). »Bankenpleite« bedeutet hier nicht unbedingt formal-rechtlicher Konkurs, sondern eine existentielle wirtschaftliche Notlage (neudeutsch »bank failure«), welche entweder staatliche Stützungsmaßnahmen nach sich ziehen, die Übernahme durch einen Konkurrenten oder eben einen formalen Konkurs mit anschließender Liquidierung. In allen diesen Fällen bedeutet »Pleite«, dass manche oder alle Kontoinhaber um die Rückzahlung ihrer Einlagen über eine längere Zeit bangen müssen und/oder tatsächliche Verluste erleiden. Die Aktionäre und Anleihengläubiger der betroffenen Bank werden in der Regel einen großen Teil ihres Investments verlieren. Zur Illustration ein paar Zahlen zu Bank Failures aus der jüngeren Vergangenheit: In den fünf Jahren von 2008 bis 2012 gingen in den USA 465 Banken unter (etwa 7 % aller Institute). Von 2006 bis 2013 teilten in Deutschland mehr als ein Dutzend Ban-

ken dieses Schicksal, darunter die damals zweitgrößte und drittgrößte Bank wie auch die größte Immobilienbank (Commerzbank, Dresdner Bank, Hypo Real Estate) sowie mehrere staatliche Landesbanken. Es gab kaum ein Land in der EU, das 2008/2009 keine Bankenkrise erlebte. Auch die beiden größten Schweizer Bankhäuser UBS und Credit Suisse erlitten schwerste und, aus der damaligen Sicht, existenzbedrohende Verluste. Die Zeit um 2008/2009 war jedoch kein einmaliger Sonderfall. Gravierende nationale Bankenkrisen zwischen dem Zweiten Weltkrieg und 2008/2009 gab es in den USA, Japan, Norwegen, Spanien, Schweden, der Schweiz und Großbritannien, um nur die bekannteren Fälle zu nennen (siehe die englische Wikipedia unter dem Stichwort »list of banking crises«). Die drei heute am kürzesten zurückliegenden deutschen Bankpleiten sind die Maple Bank in Frankfurt/M (2016), das Bankhaus Wölbern in Hamburg (2016) und die Süddeutsche Aktienbank in Stuttgart (2017). In wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern sind Bankkonkurse und -beinahekonkurse noch häufiger.

► Unter Fachleuten und der deutschen Finanzaufsicht BaFin besteht Konsens darüber, dass sich der europäische Bankensektor und ganz besonders der deutsche von der großen Finanzkrise 2008/2009 bis heute nicht wirklich erholt hat. Die durchschnittliche europäische Bank hat zu wenig Eigenkapital, zu viele faule Kredite in der Bilanz und ist – vor allem in der heutigen Niedrigzinslandschaft – chronisch unprofitabel. Die Gründe hierfür sind struktureller Natur und werden deshalb in den nächsten Jahren nicht verschwinden. Man betrachte beispielhaft den Zustand des größten Bankhauses in Deutschland, der Deutschen Bank. Ihr Aktienkurs fiel zwischen Mai 2007 und Juni 2019 um 94 %, ihr Bonitätsrating stürzte in diesem Zeitraum um fünf Stufen ab und die grundsätzliche Überlebensfähigkeit der Bank wird gelegentlich angezweifelt.

► Die manchmal von Privatanlegern geäußerte Überzeugung, dass die lokale Kleinbank sicherer sei als nationale oder internationale Großbanken, ist drollig naiv. Vermutlich röhrt dieses Wunschdenken daher, dass entsprechende »Kleinpleiten« nie im Spiegel oder der Tagesschau auftauchen und/oder aus der Verwechslung von Vertrautheit mit Sicherheit – ein bekannter kognitiver Irrtum, dem bis zu einem gewissen Grad wohl

jeder Mensch unterliegt. Seit 2010 sind in Deutschland über 250 rechtlich selbstständige Banken verschwunden; der allergrößte Teil davon aufgrund mangelnder Profitabilität und nicht nachhaltiger Geschäftsmodelle. Diese Sterberate wird in den nächsten Jahren nicht sinken. Noch immer hat Deutschland fast so viele Banken wie Frankreich, Großbritannien und Italien zusammengekommen – also viel zu viele. Kleine Banken, die kein Rating haben, hätten typischerweise ein schlechtes. Die sogenannte Gewährträgerhaftung des Staates für öffentliche Banken in Deutschland (Sparkassen und Landesbanken) wurde 2005 abgeschafft, da unvereinbar mit EU-Wettbewerbsrecht.

- Ob der Staat im Falle einer Bankenpleite Einlagen oberhalb der gesetzlichen Einlagensicherung von 100.000 Euro pro Einleger und Bank freiwillig ersetzen würde, darf man anzweifeln. Zum einen könnte der Staat in einer systemischen Bankenkrise nicht ausreichend Mittel dazu haben, zum anderen lägen wohl weniger als 10 % aller einzelnen Kontoguthaben oberhalb von 100.000 Euro. Aus der Sicht der meisten Politiker im Bundestag würden die größeren Guthaben damit der bekanntlich nicht schützenswerten Minderheit der »Reichen« gehören. Einen Rechtsanspruch auf einen solchen Bail-out hätte sowieso niemand.
- Mit Bankguthaben kann man nach Kosten, Steuern und Inflation nicht erst seit 2015 kein Vermögen bilden, sondern man konnte das in den letzten 120 Jahren nicht. Dieser eigentlich triviale Sachverhalt wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Dass viele Privatanleger dieses Faktum offenbar emotional nicht tolerieren können oder wollen, ändert wenig an seiner Existenz.

Es stellt sich die Frage, warum so viele Privatanleger das beträchtliche Gegenpartei-Risiko eines Bankguthabens unterschätzen oder jedenfalls akzeptieren. Uns fallen sechs Gründe ein.

Grund 1 und Grund 2 sind recht banal: Mangelnde Kenntnis der Finanzgeschichte und urmenschliche Bequemlichkeit. Die meisten Privatanleger haben keine finanzhistorischen Bücher gelesen wie etwa das von Niall Ferguson oder das von Reinhart/Rogoff (siehe Literaturliste weiter unten). Beide, besonders Reinhart/Rogoff, berichten von einer schier endlosen Serie von

Banken Krisen in den letzten Jahrhunderten, inklusive und vor allem der letzten 100 Jahre. Und ja, Bankguthaben sind konkurrenzlos bequeme Investments. Sie erfordern kein Nachdenken und ihre Alternativen (z.B. Geldmarktfonds oder kurzfristige Staatsanleihen) sind etwas weniger bequem und erscheinen vielen Menschen »irgendwie kompliziert«. Bei genauerer Betrachtung sind sie es aber nicht.

Grund 3: Die Mehrzahl aller Privatanleger ist sich nicht im Klaren über den fundamentalen, strukturellen Vorteil eines Wertpapier- oder Fondsdepots gegenüber einem Bankguthaben. Bei einem Depot agiert die Bank lediglich als Verwahrstelle. Geht die Verwahrstelle pleite, spielt das für den Eigentümer der Papiere im Depot vermögensmäßig keine Rolle, wie es auch keine Rolle für die Eigentümer eines Bankschließfaches spielt, wenn die Schließfachbank in den Konkurs gerät. Der Inhalt des Schließfaches und der Inhalt eines Depots fallen nicht in die Konkursmasse der Bank. Grundsätzlich anders verhält sich das bei einer Einlage wie einem Bankguthaben: Sie ist im Pleitefall Teil der Konkursmasse, und wenn die nicht groß genug ist, haben manche oder alle Einleger (die Gläubiger) ganz einfach Pech.

Grund 4: In der Denke eines normalen Privatanlegers erscheint ein Bankguthaben als »irgendwie« sicher oder sogar als das sicherste Investment, weil der Saldo auf dem Kontoauszug beim Bankguthaben – anders als z.B. bei einem Geldmarktfonds oder einer kurzfristigen Anleihe – nie sinkt und nicht schwankt. Man weiß mit einer scheinbaren 100 %-Sicherheit heute, was morgen auf dem Kontoauszug stehen wird. Aus offensichtlichen Gründen lässt sich das Risiko einer Bankeinlage nicht mit den üblichen Risikokennzahlen wie Volatilität (Wertschwankungsintensität) aussagefähig messen. Leider führt diese naive Risikodenke bei sehr selten auftretenden, aber dann besonders gravierenden »Schwarzer-Schwan-Risiken«, wie sie Bankpleiten darstellen, in die kognitive Sackgasse. Black Swan Risk (manchmal auch Event Risk oder Tail Risk genannt) ist kaum quantifizierbar und lässt sich nicht zuverlässig prognostizieren (Taleb 2007). Aus dieser weitgehenden Nichtberechenbarkeit abzuleiten, dass man sie ignorieren könne, wäre fatal. Ein Risiko verschwindet nicht deswegen, weil man es nicht regelmäßig beobachten oder nur schwer messen kann. Cash oberhalb der staatlichen Einlagen-

sicherung auf ein Bankkonto einzuzahlen ist, wie in einer stark erdbebengefährdeten Region ein Eigenheim für seine Familie zu bauen, das – um Geld zu sparen – keine Erdbebensicherheitsstandards erfüllt, und dieses haarsträubende Verhalten damit zu begründen, dass das letzte Erdbeben ja schon 40 Jahre zurückliege.

Grund 5: Bei vielen Privatanlegern hat das Festhalten an Bankguthaben als langfristige Vermögensanlage auch oberhalb der staatlichen Einlagensicherung in der »heutigen Zeit der Nullzinsen« wohl mit dem Denkfehler zu tun, dass die Alternative zu Bankguthaben – wertpapierbasierte High-Quality-Geldmarktanlagen (z. B. kurzfristige Staatsanleihen von AAA- oder A+ Staaten wie Deutschland, Österreich, die Schweiz bzw. entsprechende Geldmarktfonds) – deswegen unattraktiv seien, weil sie (derzeit) leicht negative nominale Renditen produzieren. Ein Denkfehler ist das deswegen, weil er erstens falsch unterstellt, dass »Nullzinsen« neu und ungewöhnlich seien, also erst seit 2016 beständen, und zweitens dass man von einer »risikolosen« Anlage eine nennenswerte reale Rendite erwarten könne. In unserem Blogbeitrag »Nullzinsen und Anlagenotstand – real oder nur konstruiert?« von April 2018 belegen wir, dass »Nullzinsen« für die risikoärmsten (sichersten) aller Anlagen in den letzten rund 120 Jahren weltweit überhaupt nicht ungewöhnlich waren, wenn man Inflation, Steuern und Kosten berücksichtigt. (Wer diese drei Faktoren bei der Evaluierung von Rendite ignoriert, dem ist ohnehin nicht zu helfen.) Wenn »Nullzinsen« oder leicht negative Realzinsen historisch mehr oder weniger normal waren und sachlogisch plausibel sind, dann gibt es natürlich keinen Grund – außer Unwissen – sie unter Inkaufnahme substanzialer Counterparty-Risiken bei einer Bankeinlage zu vermeiden.

Grund 6: In den letzten Jahren hat sich bei manchen Privatanlegern die Ansicht verbreitet, Staatsanleihen seien grundsätzlich nicht sicher, weil man Staaten einfach nie trauen könne, weil sie überschuldet seien und/oder weil unser »Papiergegeldsystem« manipulierbar sei. Abgesehen von der trivialen Binsenweisheit, dass auf diesem Planeten keine Anlageform existiert, die vollkommen risikofrei ist, sind kurzfristige Staatsanleihen der obersten Ratingstufen ohne Währungsrisiko kurz- und mittelfristig die wertstabilsten und sichersten Anlagen – stabiler und sicherer als Unternehmensanleihen, Aktien, Immobi-

lien, Gold und Bankguthaben. Dass und warum das so ist, haben wir in anderen Beiträgen dargelegt.

Privatanleger täten gut daran, sich bei ihren Investments in »risikofreie« Anlagen an institutionellen Großinvestoren, also den Profis, zu orientieren. Diese lassen größere Barbestände nie länger auf Bankkonten stehen, sondern investieren sie in wertpapierbasierte High-Quality-Geldmarktanlagen – entweder in stark diversifizierte kurzfristige Unternehmensanleihen innerhalb der oberen Ratingstufen oder in kurzfristige Staatsanleihen hoher Bonität und natürlich ohne Wechselkursrisiko. Wenn solche Wertpapieranlagen zu leicht negativen Renditen führen, dann wird das rational als ein Faktum akzeptiert, das der Markt häufig vorgibt – in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. Punkt. Es geht hier um return of the money, nicht um return on the money.

In diesem Zusammenhang kam ab etwa 2016 eine etwas kuriose Freizeitbeschäftigung von Privatanlegern auf: »Tagesgeld-Hopping«. 2016 sanken die nominalen Renditen wertpapierbasierter Geldmarktanlagen hoher Qualität in Deutschland erstmalig etwas unter null. Soweit ein Tagesgeld-Hopper sich innerhalb der gesetzlichen Bankeinlagensicherung von bonitätsmäßig soliden Staaten bewegt (viele süd- und osteuropäische EU-Staaten bzw. Banken gehören nicht in diese Kategorie) und soweit er genug Zeit und Motivation hat, im Jahr mehrere Kontoeröffnungen und Schließungen durchzuführen, ist dagegen risikomäßig nichts einzuwenden. Für alle anderen und für größere Vermögen wird diese Vorgehensweise allerdings kaum praktikabel sein.

Fazit:

- Konkurse und Beinahekonkurse einzelner Banken wie auch allgemeine Banken Krisen traten in den letzten 200 Jahren in allen marktwirtschaftlichen Ländern auf. Sie sind in diesem Sinne eine normale Erscheinung der Marktwirtschaft, auch wenn sie weniger zahlreich und unregelmäßiger sind als Unternehmenskonkurse in anderen Branchen. Selbstverständlich wird es auch künftig einzelne Bankkonkurse und nationale oder internationale Banken Krisen geben. Eine neuerliche Bankenkrise in Deutschland und Europa in den kommenden Jahren lässt sich nicht ausschließen.

>>

► Rationale, informierte Anleger werden oberhalb der staatlichen Einlagensicherung von 100.000 Euro pro Bank-Einleger-Kombination weder im risikoarmen Teil ihres Weltportfolios noch für Zwecke des bloßen Geldparkens das Risiko von Bankguthaben für länger als ein paar Wochen akzeptieren. Auch dann nicht, wenn die tatsächlich risikoarme Anlage – kurzfristige Anleihen höchster Bonität ohne Währungsrisiko – eine leicht negative reale Verzinsung aufweist. □

Die vorhergehenden Beiträge finden Sie unter:

www.gerd-kommer-invest.de/blog

Literatur:

- Calomiris, Charles (2007): »Bank Failures in Theory and History. The Great Depression and other Contagious Events«, Working Paper 13597
<http://www.nber.org/papers/w13597>
- Ferguson, Niall (2009): »The Ascent of Money: A Financial History of the World«; Penguin Books
- Kommer, Gerd / Kerscher, Martin (2018): »Das Prinzip der »Sovereign Ceiling«
<http://www.gerd-kommer-invest.de/konzept-der-sovereign-ceiling/>
- Kommer, Gerd / Kerscher, Martin (2019): »Das Konzept der Sachwertanlage: Fakten und Fantasien«
<http://www.gerd-kommer-invest.de/konzept-der-sachwertanlage/>
- Kommer, Gerd / Schweizer, Jonas (2019): »Das Konzept der Cash-Flow-Kaskade«
<http://www.gerd-kommer-invest.de/cash-flow-kaskade/>
- Kommer, Gerd / Weis, Alexander (2018): »Nullzinsen und Anlagenotstand – real oder nur konstruiert?«
<http://www.gerd-kommer-invest.de/nullzinsen-und-anlagenotstand/>
- Reinhart / Rogoff (2009): »This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly«; Princeton University Press
- Taleb, Nassim (2007): »The Black Swan. The Impact of Highly Improbable«; Penguin Books



Hermann-Gmeiner-Stiftung
Ridlerstr. 55 | 80339 München
Telefon 089/179 14-218
E-Mail: hgs@sos-kd.org

www.hermann-gmeiner-stiftung.de



Münzen und Medaillen: Vielfalt mit Macken

Von Manfred Gburek

Gold kann man in mehrfacher Form kaufen, etwa als Barren unterschiedlicher Größe, als Anlage- und Sammlermünzen, Konten, Aktien, Fonds oder Zertifikate. Jede von diesen Anlageklassen hat spezifische Merkmale und Funktionen. Zum Beispiel dienen die weit verbreiteten Barren primär der Hortung in der Absicht, die Kaufkraft zu erhalten. Der Goldpreis wird traditionell in US-Dollar gemessen, bezogen auf eine Feinunze (31,1 Gramm). Die Preise von Barren und Anlagemünzen orientieren sich allein am Goldpreis. Sammlermünzen haben darüber hinaus einen Preisaufschlag; das ist der über den reinen Goldpreis hinaus gehende Liebhaberwert.

Minenaktien und -fonds sind zwar auch vom Goldpreis abhängig, aber ihre Kurse schwanken viel stärker. Das

liegt unter anderem daran, dass Minen mal mehr, mal weniger goldhaltiges Gestein verarbeiten, dass sie dementsprechend Gold fördern und dass sie mal niedrige, mal hohe Förderkosten haben. Zu guter Letzt: Häufig vorkommende Sonderformen der Goldanlage sind börsengehandelte Fonds im Mantel eines ETF (Exchange Traded Fund) und Xetra-Gold, eine auf Euro lautende Anleihe der Deutschen Börse.

Gewinne aus dem Verkauf von physischem Gold (Barren und Anlagemünzen, zum Teil auch Sammlermünzen) und von Xetra-Gold sind nach einem Jahr Haltedauer steuerfrei. Wer mittels Gold die Kaufkraft erhalten will, bevorzugt umsatzsteuerfreie Barren und Anlagemünzen. Unter denen sind die mit einer Feinunze Gewicht am gängigsten. Darüber hinaus gibt es Gewichtsklassen unter und über einer Feinunze. Besonders bemerkenswert: Münzen mit Gewichten von nur 1/10 und sogar 1/20 Feinunze. Gängigste Anlagemünzen je nach Ursprungsland: Krügerrand, Maple Leaf, Wiener Philharmoniker, Kängu-

ru und American Eagle. Zur Aufbewahrung empfehlen sich: ein sicherer und stabiler heimischer Safe und/oder ein Schweizer Zollfreilager. Details dazu finden Sie im Internet.

Silber wird auch als Gold des kleinen Mannes bezeichnet, weil es nur einen Bruchteil des Goldpreises ausmacht. Sein Preis bewegt sich hektischer als der des Goldes, und im Gegensatz zu Barren und Anlagemünzen aus Gold unterliegen solche aus Silber in Deutschland der Mehrwertsteuer von 19 Prozent. Anleger kommen etwas günstiger davon, wenn sie die Differenzbesteuerung nutzen. Bitte geben Sie diesen Begriff bei Google ein, weil die Details erkläungsbedürftig sind, und Sie erhalten die gewünschten Informationen.

Sammlermünzen sind, vergleichbar mit Werken der bildenden Kunst, ein Dorado für Spezialisten. Die haben sich überwiegend in einem Münzhändlerverband – es gibt deren mehrere – zusammengeschlossen. Ähnlich wie Gemälde oder Skulpturen, sind auch Sammlermünzen nebenbei Spekulationsobjekte, mit denen Sie einen Gewinn allerdings nur dann erzielen, wenn Sie viel Zeit bei Auktionen, in Messen, bei Händlern, ja sogar auf Flohmärkten verbringen. Falls Sie diese Zeit erübrigen können, besteht die Chance, dass sich das in den nächsten Jahren auszahlt. Das breite Publikum hat das Sammeln von Münzen mit Preispotential noch nicht entdeckt.

Münzsammlungen waren lange außer Mode und bestenfalls ein Hobby älterer Menschen. Fragen Sie Ihre Eltern und erst recht Ihre Großeltern nach den – möglicherweise so gut wie vergessenen – Beständen und hüten Sie sie gut, denn im Zweifel werden die besten Stücke an Wert gewinnen. Übererteuerte Medaillen werden – ähnlich wie so manche Münzen von zweifelhaftem Wert – durch darauf spezialisierte Münzhändler in Massenblättern und vergleichbaren Fernsehkanälen feilgeboten, oft mit dem Hinweis auf echtes Gold, auf eine vermeintliche Rarität oder auf limitierte Auflagen. Das ist fast immer Geldschneiderei. Fallen Sie nie darauf herein.

Industriemetalle wie Kupfer, Zink, Nickel oder Blei und die beiden zum Teil den Industrie-, zum Teil den Edelmetallen zuzurechnenden Zwitter Platin und Palladium folgen anderen Gesetzmäßigkeiten als Edelmetalle, weil sie

nicht direkt der Geldanlage dienen, sondern weiterverarbeitet und schließlich verschrottet und recycelt werden. Oft heißt es, Gold und Silber würden im Gegensatz zu Industriemetallen nicht verbraucht, und das sei ungünstig für die Preisentwicklung der Edelmetalle. Diese einseitige Betrachtungsweise ist jedoch umso weniger stichhaltig, je mehr die verschrotteten Industriemetalle dem Recycling zugeführt werden.

Verfolgen Sie die Preiskurven der Industriemetalle im Internet, in überregionalen Tages- oder Wirtschaftszeitungen und -zeitschriften. Dann können Sie sich ein Bild davon machen, wie stark die Preise nach oben oder nach unten ausschlagen. Sie sind wichtige Indikatoren für den Verlauf der Weltkonjunktur. Als hilfreich erweist sich in diesem Kontext auch der Blick auf die Kurse von Rohstoffaktien, wie Rio Tinto oder Freeport-McMoRan. Die Kurse beider Aktien haben sich in letzter Zeit recht erfreulich entwickelt.

In den kommenden Jahren werden elektrisch angetriebene Autos die Welt erobern, sagen Dutzende von Studien voraus. Indes, über Details wird man noch lange streiten. So fragt es sich beispielsweise, eine wie große Rolle Kupfer dabei spielen wird. Oder das viel seltener Lithium. Oder vielleicht sogar Nickel. Die Vielzahl der infrage kommenden Metalle wird nur noch von der Zahl der Studien getoppt. Wie auch immer, aus Anlegersicht könnte hier das nächste große Ding schlummern. Wenn Sie darauf vorbereitet sein wollen, klicken Sie sich am besten erst mal durchs Internet, indem Sie darin neben den Namen der genannten Metalle auch Stichworte eingeben wie Elektromobilität, Batterien, Hybride, Carbon, BMW, Daimler, Schaeffler, Bosch, Paragon, BYD, Geely, Volvo – und sicher fallen Ihnen danach noch viele weitere ein. □

**Kapitel 14 aus dem Buch:
»Reich werden ist keine Schande!«
Von Manfred Gburek**

Kindle Edition: www.amazon.de | ePUB: www.epubli.de

Wenn das Handelsblatt für Sie nicht relevant ist, haben Sie hoffentlich nichts mit Geld zu tun.



Ein Angebot der Handelsblatt GmbH, Toulouser Allee 27, 40211 Düsseldorf.

Impressum: Anschrift: Elite Report Redaktion, Nigerstraße 4/II, 81675 München, Telefon: +49 (0) 89 / 470 36 48, redaktion@elitebrief.de
Chefredakteur: Hans-Kaspar v. Schönfels v.i.S.d.P. **Realisation:** Falk v. Schönfels **Steuern und Recht:** Jürgen E. Leske

Rechtliche Hinweise/Disclaimer: Die enthaltenen Informationen in diesem Newsletter dienen allgemeinen Informationszwecken und beziehen sich nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person. Sie stellen keine betriebswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche, rechtliche oder steuerliche Beratung dar. Im konkreten Einzelfall kann der vorliegende Inhalt keine individuelle Beratung durch fachkundige Personen er setzen. Der Inhalt darf somit keinesfalls als Beratung aufgefasst werden, auch nicht stillschweigend, da wir mittels veröffentlichter Inhalte lediglich unsere subjektive Meinung reflektieren. Handelsanregungen oder Empfehlungen in diesem Newsletter stellen keine Aufforderung von Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder derivativen Finanzprodukten, auch nicht stillschweigend, dar. Niemand darf aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation. Für Entscheidungen, die der Verwender auf Grund der vorgenannten Informationen trifft, übernehmen wir keine Verantwortung. Obwohl wir uns bei der Auswahl des Informationsangebotes um größtmögliche Sorg

falt bemühen, haften wir nicht für ihre Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Wir behalten uns das Recht vor, die in diesem Newsletter angebotenen Informationen, Produkte oder Dienstleistungen ohne gesonderte Ankündigung jederzeit zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder zu aktualisieren. Indirekte sowie direkte Regressionsanspruchnahme und Gewährleistung wird für jegliche Inhalte kategorisch ausgeschlossen.

Leser, die aufgrund der in diesem Newsletter veröffentlichten Inhalte Angelegenheitsentscheidungen treffen, handeln auf eigene Gefahr, die hier veröffentlichten oder anderweitig damit im Zusammenhang stehenden Informationen begründen keinerlei Haftungsobligo.

Ausdrücklich weisen wir auf die im Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft erheblichen Risiken hoher Wertverluste hin. Das Informationsangebot in diesem Newsletter stellt insbesondere kein bindendes Vertragsangebot unsererseits dar. Soweit dies nicht ausdrücklich vermerkt ist, können über die genannten Newsletter auch seitens der Leser keine Angebote abgegeben oder Bestellungen getätigt werden. Für alle Hyperlinks und Informationen Dritter

gilt: Die Elite Report Redaktion erklärt ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten zu haben. Daher distanziert sich die Elite Report Redaktion von den Inhalten aller verlinkten Seiten und macht sich deren Inhalte ausdrücklich nicht zu Eigen. Diese Erklärung gilt für alle in den Seiten vorhandenen Hyperlinks, ob angezeigt oder verborgen, und für alle Inhalte der Seiten, zu denen diese Hyperlinks führen. Auch für Werbeinhalte Dritter übernimmt die Elite Report Redaktion keinerlei Haftung.

Das Copyright dieses Newsletters liegt bei der Elite Report Redaktion, München. Alle Rechte vorbehalten. Die Vervielfältigung dieses Newsletters im Wege des Herunterladens auf dauerhafte Datenträger und/oder des Ausdrucks auf Papier sowie die Weiterverbreitung ist gestattet.

Jede andere Nutzung des urheberrechtlich geschützten Materials ist ohne unsere schriftliche Genehmigung untersagt. Für gegebenenfalls bestehende oder künftig entstehende Rechtsverhältnisse ist ausschließlich deutsches Recht anwendbar und sind nur deutsche Gerichte zuständig.